

Die Schweiz auf Rang 9 der Rangliste der Pressefreiheit von RSF im Jahr 2025: Wirtschaftliche Schwäche und Defizite in der Gesetzgebung bleiben

Die Schweiz hat in der Rangliste der Pressefreiheit von RSF ihr Ergebnis von 2024 beibehalten und belegt darin auch dieses Jahr den 9. Platz. Damit gehört sie zu den Ländern, in denen die Lage insgesamt als «zufriedenstellend» eingestuft wird. Sie schafft es erneut nicht, in die immer kleiner werdende Spitzengruppe der Länder aufzusteigen, in denen die Lage der Pressefreiheit insgesamt als «gut» bezeichnet werden kann. Denn nach wie vor bietet das gesetzliche Umfeld hierzulande in mehreren Punkten nur unzureichenden Schutz für die Arbeit von Medienschaffenden. Ausserdem können sich auch die Medien in der Schweiz dem von RSF weltweit beobachteten Trend der stärkeren wirtschaftlichen Schwächung nicht entziehen.

2024 war geprägt von umfangreichen Sparplänen in den Schweizer Medien, welche die historisch vielfältige, aber zunehmend unter Druck geratene Medienlandschaft schwächen. Die zukünftige Sicherung eines zuverlässigen Informationsangebots, das das öffentliche Interesse bedient, ist ungewiss – insbesondere in Randregionen.

Angesichts dieser Situation ist eine neue Medienpolitik mehr denn je erforderlich. Diese muss darauf abzielen, die Medien bei ihrem notwendigen digitalen Wandel zu unterstützen und ihnen langfristig ein tragfähiges Geschäftsmodell zu ermöglichen:

- Die Medienförderung muss überdacht werden und darf sich nicht mehr nur auf Subventionen für den Postversand beschränken, sondern muss auch digitale Angebote umfassen.
- Ein angemessener Schutz des Urheberrechts sowie verwandter Schutzrechte auf Plattformen muss eingeführt werden.
- Philanthropie muss als eine der möglichen Finanzierungsquellen für Medien angesehen und als solche gefördert werden.
- Die Finanzierung des Service public darf nicht gekürzt werden.

«Jede Form der Medienförderung muss mit strengen Garantien einhergehen, die verhindern, dass die Behörden direkt oder indirekt Einfluss auf die redaktionellen Inhalte der geförderten Medien nehmen können», sagt Denis Masméjan, Generalsekretär von RSF Schweiz. «Dies ist unserer Ansicht nach eine unabdingbare Voraussetzung, die umso mehr Beachtung verdient, als behördliche Eingriffe insbesondere in den Kantonen zunehmen.»

Auf **legislativer Ebene** hat das Bundesparlament noch immer nicht geklärt, inwieweit das Bundesgesetz über die Banken das Strafrecht auf Journalisten anwendbar ist, die

unter Einhaltung ihrer Berufsregeln Bankdaten verwenden, deren Herkunft illegal ist. [RSF Schweiz bedauert dies weiterhin](#) und fordert eine Gesetzesänderung, um die schweizerische Rechtsordnung mit den Standards insbesondere der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Einklang zu bringen.

Darüber hinaus traten am 1. Januar 2025 neue Bestimmungen in Kraft, die es einem Zivilrichter erleichtern sollen, sogenannte «provisorische Massnahmen» zu erlassen, mit denen die Veröffentlichung von Medienbeiträgen, die den Ruf anderer Personen beeinträchtigen, vorbeugend gesperrt werden können. Es ist noch zu früh, um die Auswirkungen dieser Verschärfung zu beurteilen. Sie müssen jedoch zwingend zu äusserster Vorsicht seitens der Gerichte führen. Die Erfahrung hat bisher leider gezeigt, dass diese allzu oft zögerlich agieren, wenn es darum geht, die verfassungsmässig garantierte Pressefreiheit über die strikte Anwendung des Gesetzes zu stellen.

RSF Schweiz begrüsst jedoch, dass das Bundesgericht – diesmal im Bereich des Strafrechts – in einem [Entscheid letzten Dezember](#) der Pressefreiheit eindeutig Vorrang eingeräumt und eine von der Genfer Justiz wegen Verstosses gegen das Waffengesetz bei der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit verurteilte RTS-Journalistin freigesprochen hat.

Schliesslich verfügt die Schweiz im Gegensatz zur Europäischen Union über keine **Regulierung für digitale Plattformen**. Der vor zwei Jahren angekündigte Vorentwurf des Bundesrats wurde noch immer nicht veröffentlicht. Dabei haben die grossen Tech-Unternehmen heute immensen Einfluss auf die Gestaltung der öffentlichen Debatte.

*«In der Schweiz mit ihrem System der direkten Demokratie ist dieser Punkt besonders wichtig», sagt **Isabelle Cornaz**, Präsidentin von RSF Schweiz. «Es ist wichtig, die Funktionsweise dieser Plattformen, über die sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger informieren, zu regulieren, damit wir das Recht auf zuverlässige und transparente Informationen behalten und uns frei eine Meinung bilden können, ohne den Inhalten ausgeliefert zu sein, die uns die undurchsichtigen Algorithmus-Systeme präsentieren.»*

RSF fordert die grossen Plattformen daher nachdrücklich auf, zuverlässige Informationsquellen sichtbar zu machen, indem sie die [Journalism Trust Initiative \(JTI\)](#) in ihre digitalen Dienste integrieren und faire Vergütungsmodelle für Medien entwickeln.